



An den Grossen Rat

26.5367.02

PD/P265367

Basel, 23. September 2026

Regierungsratsbeschluss vom 22. September 2026

Interpellation Nr. 96 Stefan Wittlin «betreffend Hitzesommer 2026: Wie können wir die Bevölkerung konkret schützen?»

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 9. September 2026)

«Der Klimawandel ist in Basel-Stadt keine abstrakte Bedrohung für die Zukunft mehr, sondern Realität im Hier und Jetzt. Der Hitzesommer 2026 hat den Baslerinnen und Baslern erneut drastisch vor Augen geführt, wie stark die gesundheitlichen und ökologischen Belastungen durch anhaltend hohe Temperaturen und Tropennächte steigen. Besonders hart trifft die Hitze die Bewohnerinnen und Bewohner dichter städtischer Quartiere, Menschen bei der Arbeit im Freien oder an anderen der Hitze ausgesetzten Orten wie etwa Kinder und Lehrpersonen in überhitzten Schulzimmern. Unabhängig vom Ort sind Kleinkinder, Neugeborene und Schwangere sowie ältere und chronisch kranke Menschen besonders vulnerabel und anfällig für negative gesundheitliche Folgen bei anhaltender Hitze.

Im Hitzesommer 2026 wurden in Basel rekordhohe Temperaturen gemessen. Dies, obwohl die offiziellen Messdaten für Basel von der MeteoSchweiz-Station Basel-Binningen auf dem Bruderholz stammen – einem Standort im Grünen auf einem Hügel. In dicht bebauten und stark versiegelten Quartieren wie Gundeldingen, Matthäus oder St. Johann sind die Temperaturen noch höher und es entstehen Hitzeinseln. Dort liegen die Temperaturen tagsüber und vor allem nachts noch deutlich höher, was das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen massiv beeinträchtigt.

Der Sommer 2026 zeigte klar auf: Das bisherige Tempo bei den konkreten Klimaanpassungs- und Schutzmassnahmen reicht nicht aus. Konsequenter Klimaschutz ist die Voraussetzung für die Wirksamkeit von Anpassungsmassnahmen, denn laut IPCC-Bericht führt jedes halbe Grad globaler Erwärmung zu einer überproportionalen und deutlich wahrnehmbaren Zunahme der Intensität und Häufigkeit von Extremwetterereignissen.

Während der Kanton Basel-Stadt beim Klimaschutz und bei den Netto-Null-Zielen bereits ambitionierte Pfade eingeschlagen hat, bremsen Entwicklungen auf Bundesebene den zügigen Ausbau des Klimaschutzes massiv aus. Es werden bedeutende ÖV-Infrastrukturprojekte verzögert oder gestrichen (vgl. auch Geschäft 26.5309 Interpellation Nr. 78 Jean-Luc Perret betreffend: Weshalb erhält die Region Basel keine zusätzlichen S-Bahn-Haltestellen). Mitten im Hitzesommer werden zudem Kürzungen im Bundesbudget vorgenommen für die Wiederaufforstung und den klimagerechten Umbau der Wälder – obwohl unsere Wälder als unverzichtbare Kohlenstoffspeicher und Naherholungsräume unter der Trockenheit kollabieren. Anstatt die Notlage mit höchster Dringlichkeit anzugehen, dominieren auf Bundesebene wiederholt Relativierungen der dramatischen Hitze- und Dürreereignisse.

Unter diesen Voraussetzungen bittet der Interpellant den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat den Einfluss der aktuellen Kürzungssignale des Bundesrats (wie die Kürzung von Bundesmitteln für den klimagerechten Waldumbau oder Verzögerungen

beim ÖV- und S-Bahn-Ausbau) auf die Klimaziele des Kantons Basel-Stadt, und wie setzt er sich (allenfalls gemeinsam mit anderen Städten und Kantonen) in Bern aktiv dafür ein, dass der Bund beim Klimaschutz nicht weiter bremst?

2. Welche kurzfristigen und unbürokratischen Massnahmen plant der Regierungsrat für Anwohnerinnen und Anwohner stark überhitzter Quartiere, die nachts aufgrund von Strassenlärm und stehender Hitze in unzureichend isolierten Wohnungen nicht lüften können (z.B. nächtliche Geschwindigkeitsreduktionen/Tempo 30, Begrünungen und temporäre Beschattungselemente oder erweiterte Zugänge zu gekühlten öffentlichen Räumen)?
3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Entwicklung, dass zunehmend viele Menschen sich ineffiziente Kühlgeräte anschaffen, weil sie schlicht keine anderen Handlungsmöglichkeiten haben? Welche Massnahmen kann der Regierungsrat ergreifen, damit künftig vermehrt Systeme zum Einsatz kommen, die eine bessere Wirksamkeit und Energieeffizienz aufweisen (z.B. sogenannte Split-Geräte)? Und wie beurteilt der Regierungsrat die Tendenz zum Umgang mit Kühlgeräten aus energiepolitischer Sicht?
4. Mit welchen Notfall- und Anpassungsmassnahmen (z.B. baulicher/technischer Hitzeschutz, flexible Unterrichtszeiten, Beschattung von Pausenplätzen) schützt der Kanton Schülerinnen, Schüler sowie Lehrpersonen vor unzumutbaren Raumtemperaturen in Schulgebäuden während der Sommermonate? Ist er bereit, eine Bestandesaufnahme der Situation an den Schulen zu veröffentlichen und daraus verbindliche Massnahmen abzuleiten?
5. Wie bewertet der Regierungsrat die Wirksamkeit des bestehenden Hitzemassnahmenplans Basel-Stadt zum Schutz älterer, kranker oder isoliert lebender Menschen, und wo sieht er konkreten Nachbesserungsbedarf nach den Erfahrungen des Sommers 2026?
6. Obwohl der Kanton beim Klimaschutz viel leistet und insbesondere neue Areale vorbildlich plant, hinkt die Anpassung der gebauten Stadt an die Klimafolgen hinterher. Wie plant der Regierungsrat, die Entsiegelung von Plätzen und Strassenräumen sowie die Umsetzung von Elementen der «Schwammstadt» in den kommenden Jahren zu beschleunigen?
7. Wie gross ist nach Kenntnis des Regierungsrats der reale Temperaturunterschied (insbesondere bezüglich Tropennächten) zwischen der Messstation Basel-Binningen und den am dichtesten besiedelten Quartieren? Unter welchen Umständen könnten die kommunizierten Messwerte von MeteoSchweiz künftig die Realität in den Quartieren besser abbilden?

Stefan Wittlin»

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. Einleitung

Der Sommer 2026 war aussergewöhnlich heiss und trocken. Mit rund 60 Hitzetagen – also Tagen mit Temperaturen von 30 Grad oder mehr – und einer erhöhten Zahl an Tropennächten, die nicht unter 20 Grad abkühlten, war die Belastung für die Bevölkerung sehr hoch. Unter den heutigen klimatischen Bedingungen bleibt ein Sommer wie 2026 vorerst noch ein seltenes Ereignis. Doch mit fortschreitender Erwärmung werden Hitzewellen häufiger, länger und intensiver. Was wir heute als aussergewöhnlich erleben, kann in Zukunft regelmässig auftreten.

Damit steigen die Belastungen für die Bevölkerung, die Infrastruktur, die Landwirtschaft und die natürlichen Lebensräume. Besonders gefährdet sind ältere und chronisch kranke Menschen, Kleinkinder, Schwangere sowie Menschen, die im Freien arbeiten oder in schlecht vor Hitze geschützten Wohnungen leben. Hohe Temperaturen beeinträchtigen aber auch die Leistungsfähigkeit, den Schlaf und die Erholung der gesamten Bevölkerung. Ein wirksamer kantonaler Hitzeschutz wird deshalb zunehmend zu einer Voraussetzung für die Gesundheit der Bevölkerung und für die Lebensqualität in Basel-Stadt.

Der Regierungsrat ist sich dieser Herausforderung bewusst und ergreift die nötigen Massnahmen, um Bevölkerung, Wirtschaft, Natur und Infrastrukturen zu schützen. Der Kanton arbeitet bereits auf

verschiedenen Ebenen daran. Zu den zentralen Instrumenten gehören der Hitzemassnahmenplan, das Stadtklimakonzept, der kantonale Richtplan und der Klimaanpassungsbericht. Letzterer wird derzeit erneuert. Dabei werden aufgrund einer Risikoanalyse die Herausforderungen der Klimaanpassung in Basel-Stadt neu bewertet. Im Bedarfsfall werden die bestehenden Massnahmen auf gesamtkantonaler Ebene verstärkt oder ergänzt.

2. Zu den einzelnen Fragen

Der Regierungsrat äussert sich zu den einzelnen Fragen wie folgt:

1. *Wie beurteilt der Regierungsrat den Einfluss der aktuellen Kürzungssignale des Bundesrats (wie die Kürzung von Bundesmitteln für den klimagerechten Waldumbau oder Verzögerungen beim ÖV- und S-Bahn-Ausbau) auf die Klimaziele des Kantons Basel-Stadt, und wie setzt er sich (allenfalls gemeinsam mit anderen Städten und Kantonen) in Bern aktiv dafür ein, dass der Bund beim Klimaschutz nicht weiter bremst?*

Die Klimapolitik des Bundes hat insbesondere im Bereich der Mobilität einen Einfluss auf die Erreichung der kantonalen Klimaziele. In anderen Bereichen, wie beispielsweise bei Gebäuden, ist der Kanton relativ unabhängig von der klimapolitischen Ausrichtung des Bundes. Der Bund ist aber in allen Handlungsfeldern ein wichtiger Akteur. Der Regierungsrat setzt sich deshalb konsequent für einen wirksamen Klimaschutz auf Bundesebene ein. Im Rahmen seiner Stellungnahmen (z. B. zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit KIG und dessen Verordnungen) vertritt er konsequent eine ambitionierte Haltung und fordert auf Bundesebene ambitionierte Ziele und griffige Massnahmen.

Im Bereich der Mobilität setzt er sich dezidiert dafür ein, dass der Bund die infrastrukturellen Voraussetzungen für die dringend notwendige Entwicklung der trinationalen S-Bahn Basel schafft. Er hat sich hierzu im Rahmen der Vernehmlassung zur Botschaft 2027 des Bundesrats geäussert. Aus Sicht der beiden Basel fehlt in der Vorlage die Verbindlichkeit für Grossprojekte, wie die Aufnahme der Durchmesserlinie Basel in den aktuellen Bundesbeschluss. Nicht hinnehmbar bleibt auch das Ansinnen des Bundesrates, auf die S-Bahn-Haltestellen Basel Neulandschwil und Dornach Apfelsee zu verzichten.

Der Regierungsrat stimmt sich bei Stellungnahmen zu klimapolitischen Bundesthemen jeweils eng mit den anderen Schweizer Städten und Kantonen ab.

2. *Welche kurzfristigen und unbürokratischen Massnahmen plant der Regierungsrat für Anwohnerinnen und Anwohner stark überhitzter Quartiere, die nachts aufgrund von Strassenlärm und stehender Hitze in unzureichend isolierten Wohnungen nicht lüften können (z.B. nächtliche Geschwindigkeitsreduktionen/Tempo 30, Begrünungen und temporäre Beschattungselemente oder erweiterte Zugänge zu gekühlten öffentlichen Räumen)?*

Für Fokusgebiete mit dringendem Handlungsbedarf gibt es Sofortmassnahmen, deren Finanzierung vom Parlament genehmigt wurde: Sonnenschirme, Pflanzgefässe mit Sitzmöglichkeiten und Sprühnebler. An rund 50 Standorten wurden insgesamt 147 Hitzeschutzelemente platziert, jährlich werden weitere Standorte ausgestattet. Ergänzend kommen Anreizsysteme zum Einsatz, so etwa die Förderung von Fassadenbegrünungen, Dachbegrünungen, Grünflächen und Baumpflanzungen für Private durch den Mehrwertabgabefonds. Das Gesundheitsdepartement hat 2025 für Basel-Stadt einen Hitzemassnahmenplan veröffentlicht, welcher unter anderem Verhaltensempfehlungen, eine Hitze-Hotline oder auch Hinweise zu bestehenden öffentlich zugänglichen kühlen Räumlichkeiten beinhaltet.

Ein kurzfristiges Anordnen von Tempo 30 während heissen Nächten hält der Regierungsrat für rechtlich nicht umsetzbar. Hingegen beantragt der Regierungsrat, das Tempo 30-Netz

auszuweiten. Der entsprechende Ausgabenbericht betreffend Projektierung und Einführung eines ersten Teils des Zielnetzes Tempo 30 (25.2044.01) wurde am 2. April 2026 an den Grossen Rat überwiesen und befindet sich derzeit in der Beratung bei der zuständigen Kommission.

3. *Wie beurteilt der Regierungsrat die Entwicklung, dass zunehmend viele Menschen sich ineffiziente Kühlgeräte anschaffen, weil sie schlicht keine anderen Handlungsmöglichkeiten haben? Welche Massnahmen kann der Regierungsrat ergreifen, damit künftig vermehrt Systeme zum Einsatz kommen, die eine bessere Wirksamkeit und Energieeffizienz aufweisen (z.B. sogenannte Split-Geräte)? Und wie beurteilt der Regierungsrat die Tendenz zum Umgang mit Kühlgeräten aus energiepolitischer Sicht?*

In Gebäuden, die nicht ausreichend vor sommerlicher Hitze geschützt sind, können hohe Raumtemperaturen zu einer erheblichen Belastung werden. Für Personen, die ihre Räume nicht ausreichend vor Überhitzung schützen können, sind Kühlgeräte deshalb eine nachvollziehbare Möglichkeit, die Raumtemperatur zu senken.

Aus energie- und klimapolitischer Sicht ist es wichtig, den zunehmenden Kühlbedarf möglichst mit erneuerbarer Energie und energieeffizienten Systemen zu decken. Der Regierungsrat setzt deshalb auf einen guten sommerlichen Wärmeschutz, insbesondere durch Beschattung und geeignete bauliche Massnahmen. Wo eine aktive Kühlung notwendig ist, sollen möglichst effiziente Systeme wie Split-Geräte eingesetzt werden. Der Kanton kann dies unterstützen, indem der Einbau von effizienten Systemen stark vereinfacht wird.

Bei der Weiterentwicklung der kantonalen Energievorschriften wird der Regierungsrat die Anforderungen an Kühlungssysteme vereinfachen. Dabei gilt es, sowohl dem zunehmenden Bedürfnis nach Kühlung als auch den energie- und klimapolitischen Zielen des Kantons Rechnung zu tragen.

4. *Mit welchen Notfall- und Anpassungsmassnahmen (z.B. baulicher/technischer Hitzeschutz, flexible Unterrichtszeiten, Beschattung von Pausenplätzen) schützt der Kanton Schülerinnen, Schüler sowie Lehrpersonen vor unzumutbaren Raumtemperaturen in Schulgebäuden während der Sommermonate? Ist er bereit, eine Bestandesaufnahme der Situation an den Schulen zu veröffentlichen und daraus verbindliche Massnahmen abzuleiten?*

Massnahmen zum Schutz von Schülerinnen und Schülern sowie vom Lehrpersonal werden derzeit geprüft und erprobt. Dies umfasst unter anderem Frühlüftung in allen Schulen, die definitive Einführung von Nachtauskühlung durch nächtliche Querlüftung an sieben Schulen auf das Schuljahr 2026/27, das Pilotprojekt Deckenventilatoren sowie zusätzliche Sensibilisierungsmassnahmen, insbesondere die Aufnahme der Schulen in die Hitzekampagne des Gesundheitsdepartements.

Zudem erarbeitet der Regierungsrat bis 2027 eine Hitzeschutzstrategie für die Bauten der kantonalen Verwaltung, zu denen auch die Schulen gehören. Wo bauliche und betriebliche Massnahmen nicht ausreichen, soll auch der Einsatz technischer Lösungen zur Gebäudekühlung erleichtert werden. Dabei sollen möglichst energieeffiziente und klimaverträgliche Lösungen zum Einsatz kommen.

5. *Wie bewertet der Regierungsrat die Wirksamkeit des bestehenden Hitzemassnahmenplans Basel-Stadt zum Schutz älterer, kranker oder isoliert lebender Menschen, und wo sieht er konkreten Nachbesserungsbedarf nach den Erfahrungen des Sommers 2026?*

Der Regierungsrat erachtet den Hitzemassnahmenplan als ein sinnvolles und wirksames Instrument zum Schutz der Bevölkerung und insbesondere älterer Menschen. Die Massnahmen zielen darauf ab, über die gesundheitlichen Folgen von Hitze zu informieren, die Bevölkerung zu sensibilisieren und konkrete Verhaltensmassnahmen für Hitzetage und Hitzewellen zu vermitteln.

Die Informationsmaterialien werden breit gestreut. Sie werden unter anderem direkt an Personen versandt, die im jeweiligen Jahr das 75. Altersjahr erreichen, sowie an Spitexorganisationen, Institutionen des Sozial- und Gesundheitswesens, Alters- und Pflegeheime, Apotheken und Quartierorganisationen. Der Kreis der Empfängerinnen und Empfänger wird laufend erweitert. Die Hitze-Hotline bietet älteren Menschen, Angehörigen und Betreuungskräften Informationen, Beratung und bei Bedarf eine Triage für medizinische Fragestellungen. Bei Hitzewarnungen informiert der Kanton die Bevölkerung zudem mittels verschiedener Kanäle über die aktuelle Situation und die empfohlenen Schutzmassnahmen. Der Hitzemassnahmenplan wird laufend evaluiert und bei Bedarf punktuell weiterentwickelt.

6. *Obwohl der Kanton beim Klimaschutz viel leistet und insbesondere neue Areale vorbildlich plant, hinkt die Anpassung der gebauten Stadt an die Klimafolgen hinterher. Wie plant der Regierungsrat, die Entsiegelung von Plätzen und Strassenräumen sowie die Umsetzung von Elementen der «Schwammstadt» in den kommenden Jahren zu beschleunigen?*

Seit dem Beschluss des Stadtklimakonzepts sind die verstärkte Förderung von Stadtgrün sowie die Verbesserung des Hitzeschutzes ein fester Bestandteil der Projektplanungen im öffentlichen Raum. Der Zeitpunkt, zu dem solche Massnahmen umgesetzt werden können, richtet sich, nicht zuletzt aus Gründen der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit, nach dem Erneuerungsbedarf von Strassen, Trottoirs und Leitungen. Aus diesem Grund können Entsiegelungs- und Begrünungsmassnahmen meist nur dann umgesetzt werden, wenn ohnehin umfangreichere Bauarbeiten vorgesehen sind. Der Fernwärmeausbau wird zusätzlich zu regulären Sanierungen als Gelegenheit genutzt, um solche Massnahmen gleichzeitig umzusetzen und somit zehn bis 15 Jahre früher zu reagieren. Zurzeit laufen für gut 30 Strassen Projekte für die Entsiegelung und Begrünung. Potenzialabklärungen für weitere Strassen kommen laufend dazu. Sie sehen die Pflanzung einer möglichst hohen Zahl neuer Bäume, neue Grünflächen sowie die Entsiegelung von Asphalt vor.

Das Schwammstadt-Prinzip kommt wo immer möglich zum Einsatz: Nebst grossen Transformationsarealen auch in der Freiraumplanung und im bestehenden Strassenraum. Technische Rahmenbedingungen wie Strassenquerschnitte, bestehende Infrastrukturen, hydrologische Eignung, Schadstoffbelastung des Untergrunds und andere Nutzungen beschränken teilweise die Möglichkeiten.

Um keine Potenziale zu verpassen, werden zudem Projekte aus früheren Planungsphasen aktuell nochmals auf Möglichkeiten zur Klimaadaptation überprüft und passende Gelegenheiten auch ausserhalb der Erhaltungsplanung genutzt (z. B. Entsiegelungen und zusätzliche Baumpflanzungen beim Anne Frank-Platz, Voltaplatz und am Elsässerrheinweg).

7. *Wie gross ist nach Kenntnis des Regierungsrats der reale Temperaturunterschied (insbesondere bezüglich Tropennächten) zwischen der Messstation Basel-Binningen und den am dichtesten besiedelten Quartieren? Unter welchen Umständen könnten die kommunizierten Messwerte von MeteoSchweiz künftig die Realität in den Quartieren besser abbilden?*

Für Basel-Binningen liegt die langjährige Jahresmitteltemperatur (1991–2020) bei 10.9 °C. Die innerstädtischen Messstationen wie St. Johannis-Platz und Feldbergstrasse verfügen nicht über dieselbe offizielle 30-jährige Klimanorm 1991–2020 wie die MeteoSchweiz-Referenzstation Basel-Binningen. Die verfügbaren Messungen zeigen aber deutlich, dass beide Standorte systematisch wärmer sind. MeteoSchweiz hat für 2009–2016 festgestellt, dass die Feldbergstrasse im Sommer tagsüber im Mittel rund 4.3 °C und nachts rund 3.3 °C wärmer war als das ländlichere Vergleichsumfeld. An der Messstation St. Johannis-Platz lag die Differenz bei 3.4 °C tagsüber und 2.7 °C nachts. Auch bei den Tropennächten bestehen deutliche Unterschiede. Im Jahr 2025 wurden beispielsweise an der Messstation St. Johann 16 Tropennächte registriert, während an der Station Basel-Binningen nur 6 Tropennächte verzeichnet wurden.

Im Stadtgebiet werden die bodennahen Temperaturen an den Stationen St. Johannis-Platz, Feldbergstrasse, Dreirosenbrücke und Klingelbergtrasse gemessen. Die Werte stehen über das Indikatorenportal des Statistischen Amtes zur Verfügung. Ergänzt werden diese Standorte durch ein dichtes Netz aus über 150 kleinen Mikroklima-Sensoren (Smart Climate Basel). Dieses Netz deckt das gesamte Stadtgebiet ab und dient unter anderem dazu, den urbanen Wärmeinseleffekt zu messen. Die Messtationen sowie die Mikroklima-Sensoren bilden die Realitäten in den Quartieren in ausreichendem Mass ab.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin